Wahlprüfsteine Zum Haus der Statistik
der Initiative Haus der Statistik

Kurzzusammenfassungen für Pressekonferenz am 15.9.2015

SPD Landesebene
Zunächst wurde der Initiative mitgeteilt, dass man die Anfrage an die Bezirks-SPD weitergeleitet habe, da diese dafür zuständig sei. Auf Nachfrage der Initiative, ob damit zum Ausdruck komme, dass die Landes-SPD sich der Haltung der Bezirks-SPD anschließe, wurde geantwortet, dass die Landes-SPD noch keinen Beschluss in der Sache gefasst habe, die Anregungen aber in die Diskussion aufnehmen werde.

SPD Bezirksebene
Die SPD-Mitte unterstützt vollumfänglich die Konzeption der Initiative Haus der Statistik.

Bündnis 90/Die Grünen
Die Grünen unterstützen auf Landes und Bezirksebene vollumfänglich die Konzeption der Initiative Haus der Statistik

Die Linke
Die Linke unterstützt auf Landes und Bezirksebene vollumfänglich die Konzeption der Initiative Haus der Statistik

Piraten
Die Piraten unterstützen auf Landes und Bezirksebene vollumfänglich die Konzeption der Initiative Haus der Statistik

CDU
Die Landes-CDU befürwortet eine Nutzung des Haus der Statistik als Behördenstandort. Dabei könne auch Wohnen, Gastronomie und Kultur integriert werden.
Der Bezirk soll in die Entwicklung einbezogen werden.

AFD
Die AFD lehnt das Konzept der Initiative ab. Sie betrachtet das Projekt als ein “ideologisches Statement” auf Kosten der Steuerzahler. Sie sieht keine Bedarfe für weitere Integrations- und Bildungsprojekte in Mitte, die Eignung des Gebäudes für die anvisierten Nutzungen wird bezweifelt. Eine Verwaltungsnutzung wird vorgeschlagen.

Initiative Haus der Statistik

c/o Zentrum für Kunst und Urbanistik

Siemensstraße 27

10551 Berlin

www.hausderstatistik.org

Betreff: Wahlprüfsteine zum Haus der Statistik zur Berlinwahl am 18.9.2016

Antworten der SPD-Mitte / SPD-Fraktion Mitte

Unterstützen Sie die Ziele der Initiative Haus der Statistik?

Ja, die SPD in Mitte unterstützt die Ziele der Initiative Haus der Statistik in vollem Umfang.

Wir wollen in der sich kommerzialisierenden Mitte unserer Stadt eine gentrifizierungsfeste, gemeinwohlorientierte Immobilie, in der vor allem Kultur, Kunst und Soziales sowie sozialer Wohnungsbau für die Berlinerinnen und Berliner, aber auch für die vielen Gäste unserer Stadt realisiert werden. Das Haus der Statistik kann als Symbol für eine gelingende soziale Stadtentwicklung weltweit stehen, in der auch im Zentrum einer Metropole soziale und kulturelle Vielfalt erhalten bleiben und Leitbild einer Stadtentwicklung werden, die sich der marktökonomischen Logik entzieht und eine Stadt für alle ist.

Und insbesondere:

Erhalt und zügige Umnutzung der bestehenden Gebäude

Ja, das Hauptgebäude soll erhalten bleiben und insbesondere einer kulturellen, künstlerischen und sozialen Nutzung zugeführt werden. Die Flachbauten sollten mittelfristig weichen und Platz machen für einerseits Flächen für sozialen Wohnungsbau einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft und andererseits einen Oberschulstandort mit Doppelsporthalle. Ob die Kubatur auch zusätzliche Verwaltungsfunktionen ermöglicht, wäre zu prüfen. In diesem Rahmen sollte das derzeitige Rathaus Mitte von der Stadt Berlin als Immobilie erworben werden, um mehr Spielraum für soziale Infrastruktur im Zentrum zu erhalten.

Umbau der rund 40.000 qm Nutzfläche zu einem Zentrum für soziale und kulturelle Teilhabe mit integrativen Arbeits-, Wohn- und Veranstaltungskonzepten

Dies wäre aus Sicht der SPD Fraktion Mitte die optimale Lösung, um die Ideen der Initiative Haus der Statistik umsetzen zu können.

Komplementäre Nutzung von Neubauflächen für sozialen Wohnungsbau und andere öffentliche Aufgaben, z.B. Verwaltungsnutzung.

Diese sind auf der Fläche realisierbar und notwendig. Siehe Beantwortung oben.

Welches Gewicht sollte Ihrer Meinung nach ein einstimmiger BVV-Beschluss haben bei der Entscheidungsfindung über die Zukunft des Haus der Statistik?

Die kommunale Positionierung sollte sehr ernst genommen werden, da Bezirksverordnetenversammlung und Bezirksamt sehr nah an den Entwicklungen in den Stadtteilen sind und die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Gäste des Bezirkes kennen und frühzeitig registrieren. Die Bezirke und so auch Mitte kümmern sich um die unmittelbare Daseinsvorsorge der Bevölkerung, die Ziele der Initiative Haus der Statistik sind hier wichtige Elemente einer stadtteilorientierten Politik in einer wachsenden und sich ändernden Stadt Berlin. Zu beachten ist auch, dass die Bezirksverordnetenversammlung das Recht zur Festsetzung des Bebauungsplanes hat.

Sollte und muss die Entscheidung über das Haus der Statistik im Abgeordnetenhaus diskutiert und beschlossen werden?

Das Haus der Statistik hat eine so wesentliche Bedeutung und hohe Symbolkraft für die Entwicklung des Zentrums der deutschen Hauptstadt und der Stadt Berlin, dass es sich hier um ein gesamtstädtisches Thema handelt. Von daher ist es angemessen, dass das Abgeordnetenhaus nicht nur diskutiert, sondern hier auch über die weitere Entwicklung und die Umsetzung der Ziele der Initiative Haus der Statistik entscheidet.

Welchen Handlungsspielraum sehen Sie für die Zeit nach der Wahl, um das Konzept der Initiative Haus der Statistik doch noch umzusetzen?

Es handelt sich hier im Kern um eine politische Entscheidung, die natürlich finanzpolitische Auswirkungen für die Stadt Berlin hat, aber die vor allem darstellen muss, welches Leitbild einer sozialen Stadtentwicklung für Berlin in den nächsten Jahrzehnten gelten soll. Es gibt gute Chancen und Handlungsspielräume, das Thema nicht nur in den Koalitionsverhandlungen zu besprechen, sondern zeitnah im Abgeordnetenhaus mit dem entsprechenden politischen Willen zu beschließen.

Insbesondere: Könnte man den Vertrag entsprechend ausgestalten?

Politisch gibt es hierfür Chancen. Aber es muss entsprechende finanzpolitische Entscheidungen des Landes Berlin geben und ein wirtschaftlich tragfähiges Konzept der Initiative.

Könnten auf Neubauflächen, die schon jetzt im Landeseigentum sind, Bausteine des Konzeptes umgesetzt werden?

Diese Immobilie ist für das Zentrum zu wichtig, um Stückwerk zu beginnen. Es muss ein abgestimmtes Gesamtkonzept geben, so wie die Initiative Haus der Statistik bereits skizziert hat. Dafür muss die gesamte Immobilie gemeinwohlorientiert gesichert werden.

Halten Sie es für sinnvoll, die Initiative Haus der Statistik an dem Entwicklungsprozess des Gesamtareals zu beteiligen?

Die Initiative Haus der Statistik vertritt ein sehr breites zivilgesellschaftliches, fachliches und politisches Bündnis in Berlin. Von daher ist die Initiative zwingend und auf Augenhöhe bei der weiteren Entwicklung des Gesamtareals durch den Bezirk, den Senat und das Abgeordnetenhaus zu beteiligen.

Sascha Schug

Stadtenzwicklungspolitischer Sprecher

SPD Fraktion Mitte

Antworten der CDU Berlin auf die Wahlprüfsteine des Haus der Statistik zur Abgeordnetenhauswahl 2016

1. Unterstützen Sie die Ziele der Initiative Haus der Statistik?

Grundsätzlich:auf dem Artel Haus der Statistik mit 40.000qm Nutzfläche im Bestand und ca. 50.000qm Neubaupotential einen sozial vielfältigen Standort zu entwickeln, der das Konzept der Initiative, sozialen Wohnungsbau und öffentliche Nutzungen berücksichtigt.

Und insbesondere:a. Erhalt und zügige Umsetzung der bestehenden Gebäudeb. Umbau der rund 40.000qm Nutzfläche zu einem Zentrum für soziale und kulturelle Teilhabe mit integrativen Arbeits-, Wohn- und Veranstaltungskonzeptenc. Komplementäre Nutzung von Neubauflächen für sozialen Wohnungsbau und andere öffentliche Aufgaben, z.B. Verwaltungsnutzung.

4. Welchen Handlungsspielraum sehen Sie für die Zeit nach der Wahl, um das Konzept der Initiative Haus der Statistik doch noch umzusetzen?

Antwort auf Frage 1 und Frage 4:

Unser Ziel ist es in erster Linie, das Haus der Statistik vom Bund zu erwerben und einen Großteil des Gebäudes für eine Behördennutzung zur Verfügung zu stellen. Aufgrund der Größe des Hauses ist für uns vorstellbar, auch andere Aspekte, wie z.B. Kultur, Gastronomie oder Wohnraum, zu berücksichtigen. Wir sind bereit, dies mit allen möglichen Interessen, Nutzern und Ideengebern zu diskutieren.

2. Welches Gewicht sollte Ihrer Meinung nach ein einstimmiger BVV-Beschluss haben bei der Entscheidungsfindung über die Zukunft des Hauses der Statistik?

Antwort:

Der einstimmige und fraktionsübergreifende Beschluss der BVV von Mitte ist bei der Entscheidungsfindung über die Zukunft des Hauses der Statistik einzubeziehen und zu berücksichtigen.

3. Sollte und muss die Entscheidung über das Haus der Statistik im Abgeordnetenhaus diskutiert und beschlossen werden?

Antwort:

Wir begrüßen es, dass das Abgeordnetenhaus in dieser Grundstücksangelegenheit ständig involviert ist und entsprechend Informationen vom Senat anfordert.

Beantwortung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die

Wahlprüfsteine zum Haus der Statistik zur Abgeordnetenhauswahl am 18.9.2016

Die Wahlprüfsteine richten wir an die im Berliner Abgeordnetenhaus und der BVV von Mitte vertretenen Parteien und Fraktionen. Wir bitten um Beantwortung bis zum 12.9.2016:

Am 15.9.2016 wird die Initiative Haus der Statistik und Ihre Partner eine Pressekonferenz und öffentliche Veranstaltung durchführen. Ihre Antworten werden wir bei dieser Gelegenheit veröffentlichen. Ziel der Pressekonferenz ist es, transparent zu machen welche politischen Mehrheiten es für unsere Projektidee gibt und wie es nach der Wahl weitergehen könnte.

1. Unterstützen Sie die Ziele der Initiative Haus der Statistik?

Grundsätzlich:

auf dem Areal Haus der Statistik mit 40.000 qm Nutzfläche im Bestand und ca. 50.000 qm Neubaupotential einen sozial vielfältigen Standort zu entwickeln, der das Konzept der Initiative, sozialen Wohnungsbau und öffentliche Nutzungen berücksichtigt.

FLÄCHENMODELL

11,5% KUNST UND PRODUKTION
Arbeitsräume für Kulturschaffende
Haus A: 10.670 qm

8% KULTUR UND BEGEGNUNG
Gemeinschafts- u. Veranstaltungsräume
Haus A: 1.690 qm
Haus B/C: 3.540 qm
Haus D: 2.230 qm
gesamt: 7.460 qm

16% INTEGRATIVES WOHNEN
Berliner, Geflüchtete, Studierende, Senioren u.a.
Haus B/C: 12.390 qm
Haus D: 3.350 qm
gesamt: 15.740 qm

9% BILDUNG
Bildungs- und Integrationsprojekte
Haus D: 8.305 qm

31% ÖFFENTLICHE NUTZUNG
Neubau 29.135 qm

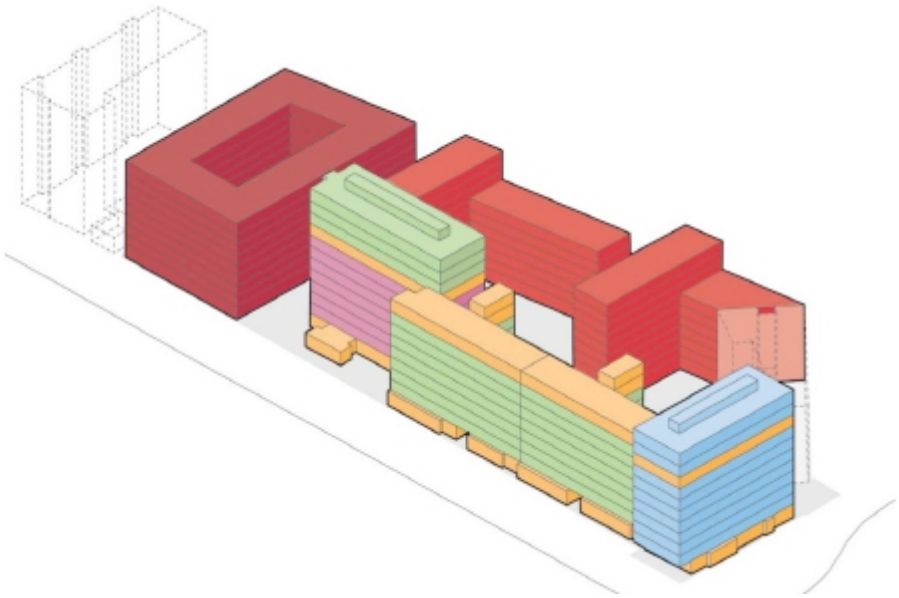
24,5% LANDESEIGENE WOHNBAUGESELLSCHAFT
Neubau / Sozialer Wohnungsbau
Haus 1: 11.125 qm
Haus 2: 11.630 qm
gesamt: 22.755 qm

Und insbesondere:

a. Erhalt und zügige Umnutzung der bestehenden Gebäude

b. Umbau der rund 40.000 qm Nutzfläche zu einem Zentrum für soziale und kulturelle Teilhabe mit integrativen Arbeits, Wohn- und Veranstaltungskonzepten

c. Komplementäre Nutzung von Neubauflächen für sozialen Wohnungsbau und andere öffentliche Aufgaben, z.B. Verwaltungsnutzung.



2. Welches Gewicht sollte Ihrer Meinung nach ein einstimmiger BVV-Beschluss haben bei der Entscheidungsfindung über die Zukunft des Haus der Statistik?

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu 1 & 2.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben auf Bezirk- und Landesebene von Beginn an die „Initiative Haus der Statistik“ unterstützt und tun das auch weiterhin.

So ist es der bündnisgrünen Initiative in der BVV-Mitte zu verdanken, dass fast alle Fraktionen (mit Ausnahme der CDU) dem Beschluss vom 17.12.2015 für die Entwicklung eines "Zentrum für Geflüchtete - Soziales - Kunst - Kreative" zugestimmt haben.

In der Begründung zum Antrag heißt es: *Die Entwicklung am und um den Alexanderplatz schreit förmlich nach der Aktivierung des Gebietes durch künstlerische, kulturelle und soziale Nutzungen und Initiativen. Es ist dem Gebiet und den Randbereichen des sogenannten Kollhoff-Masterplans zu wünschen, dass dort auch alternative Formen der Immobiliennutzung und -entwicklung Raum finden. Dass sich ausbreitende Shopping- und Hochglanzquartier würde um ein Stück Berliner Lebenskultur bereichert. Der Alexanderplatz könnte zu einem Quartier der Vielfalt werden. Das Haus der Statistik könnte darüber hinaus ein Ort werden, der in der Flüchtlingspolitik einen Weg von der provisorischen Unterbringung in Notunterkünften hin zu integriertem Wohnen und Arbeiten in einem kreativen Umfeld aufzeigt. Beispielhafte Projekte für eine gemeinwohlorientierte Immobilienentwicklung sind im Bezirk Mitte u. a. ExRotaprint im Wedding und das Zentrum für Kunst und Urbanistik in Moabit, aber auch in anderen Bezirken z.B. der Moritzplatz mit Aufbauhaus und Prinzessinnengärten in Kreuzberg, denen gemeinsam ist, dass sie lebendige Orte künstlerischer, kultureller und sozialer Produktion und Begegnung sind. Sie schaffen nachhaltig Mehrwert für Nachbarschaften und sind durch Ihre vielfältigen und authentischen Angebote Anziehungspunkte für alle Berliner*innen und Tourist*innen. Die derzeit bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung laufende Überarbeitung des Masterplanes sollte das alternative Entwicklungskonzept zum Haus der Statistik aufgreifen, den Alexanderplatz und sein Umfeld neu denken, um hier ein lebenswertes und soziales Stück Stadt zu schaffen. Eine einseitige Konzentration auf stark renditeorientierte Immobilienentwicklung führt in eine monokulturelle und unattraktive Sackgasse, in Langeweile und Auswechselbarkeit. Innovative, lebendige und offene Produktionszentren für Kunst, Kultur und Soziales, aber auch Kleingewerbe sollten bei den Neuplanungen am Alexanderplatz (und anderswo) berücksichtigt werden.“*

Dieser BVV-Beschluss sollte ein großes Gewicht bei den weiteren Planungen haben, ist doch die Frage der erforderlichen Änderung des Bebauungsplanentwurfes 1-70 auf bezirklicher Ebene zu entscheiden. Es steht aber zu befürchten, dass auch in diesem Fall ein rot-schwarzer Senat das Verfahren an sich ziehen wird, wenn die Große Koalition am 18. September nicht endlich abgewählt wird.

3. Sollte und muss die Entscheidung über das Haus der Statistik im Abgeordnetenhaus diskutiert und beschlossen werden?

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu 3.

Wir sehen derzeit keine Veranlassung, dass der Senat dem Bezirk das Bebauungsplanverfahren entzieht. Damit liegt dann auch die planerische Zuständigkeit und Diskussion über die Entwicklung des Areals grundsätzlich weiterhin in bezirklicher Hoheit. Da es sich unstrittig um ein besonderes und wegweisendes Konzept für Berlin handelt, sollte dabei eine enge Abstimmung mit dem Senat und dem Abgeordnetenhaus erfolgen.

4. Welchen Handlungsspielraum sehen Sie für die Zeit nach der Wahl, um das Konzept der Initiative Haus der Statistik doch noch umzusetzen?

Insbesondere:

a. Könnte man den Vertrag entsprechend ausgestalten?

b. Könnten auf Neubauflächen, die schon jetzt im Landeseigentum sind, Bausteine des Konzeptes umgesetzt werden?

c. Halten Sie es für sinnvoll, die Initiative Haus der Statistik an dem Entwicklungsprozess des Gesamtareals zu beteiligen?

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu 4 a & b.

Grundvoraussetzung für die Umsetzung des Konzeptes ist der Ankauf des Grundstücks durch das Land Berlin, und zwar unter Bedingungen, die die Umsetzung des Projektes ermöglichen. Hierzu ist mindestens eine andere Landesregierung nach den Wahlen vom 18. September nötig.

Als Nächstes sind weitere Verhandlung mit der bundeseigenen Immobiliengesellschaft BImA erforderlich. Die grüne Bundestagsfraktion setzt sich bereits seit Jahren für die Änderung der Bundeshaushaltsordnung ein, die der BImA beim Verkauf bundeseigener Liegenschaften bislang ein Höchstpreisverfahren vorschreibt.

Stadtplanerische Voraussetzung für die Umsetzung des Projektes ist die Änderung des bisherigen Bebauungsplanentwurfes 1-70. Hier hätte das SPD-geführte Bezirksamt schön längst Aktivitäten entfalten können (Aufstellungsbeschluss neuer Bebauungsplan), hat sich jedoch bisher – trotz Aufforderung der BVV Mitte im o.g. Beschluss – eher durch Untätigkeit ausgezeichnet. Die avisierte zeitliche Verfahrensdauer von zwei bis drei Jahren nach B-Planaufstellungsbeschluss (siehe Anlage: Antwort Bezirksamt Mitte zur Mündlichen Anfrage 2711/IV aus der BVV vom 21.04.2016) muss unbedingt beschleunigt werden.

Sollten diese Voraussetzungen zu Gunsten des Projektes erfüllt sein, so ist es aus unserer Sicht nicht erforderlich, einzelne Konzeptbausteine herauszulösen. Ziel muss die schnellstmögliche Gesamtumsetzung des Konzeptes sein.

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu 4 c.

Wir halten es nicht nur für sinnvoll, sondern für zwingend erforderlich, die Initiative Haus der Statistik am Entwicklungsprozess des Gesamtareals zu beteiligen.

Antworten auf
Wahlprüfsteine zum Haus der Statistik zur Abgeordnetenhauswahl am 18.9.2016

Die Wahlprüfsteine richten wir an die im Berliner Abgeordnetenhaus und der BVV von Mitte vertretenen Parteien und Fraktionen. Wir bitten um Beantwortung bis zum 12.9.2016:

Am 15.9.2016 wird die Initiative Haus der Statistik und Ihre Partner eine Pressekonferenz und öffentliche Veranstaltung durchführen. Ihre Antworten werden wir bei dieser Gelegenheit veröffentlichen. Ziel der Pressekonferenz ist es, transparent zu machen welche politischen Mehrheiten es für unsere Projektidee gibt und wie es nach der Wahl weitergehen könnte.

1. Unterstützen Sie die Ziele der Initiative Haus der Statistik?

Grundsätzlich:

auf dem Areal Haus der Statistik mit 40.000 qm Nutzfläche im Bestand und ca. 50.000 qm Neubaupotential einen sozial vielfältigen Standort zu entwickeln, der das Konzept der Initiative, sozialen Wohnungsbau und öffentliche Nutzungen berücksichtigt.

FLÄCHENMODELL

11,5% KUNST UND PRODUKTION
Arbeitsräume für Kulturschaffende
Haus A: 10.670 qm

8% KULTUR UND BEGEGNUNG
Gemeinschafts- u. Veranstaltungsräume
Haus A: 1.690 qm
Haus B/C: 3.540 qm
Haus D: 2.230 qm
gesamt: 7.460 qm

16% INTEGRATIVES WOHNEN
Berliner, Geflüchtete, Studierende, Senioren u.a.
Haus B/C: 12.390 qm
Haus D: 3.350 qm
gesamt: 15.740 qm

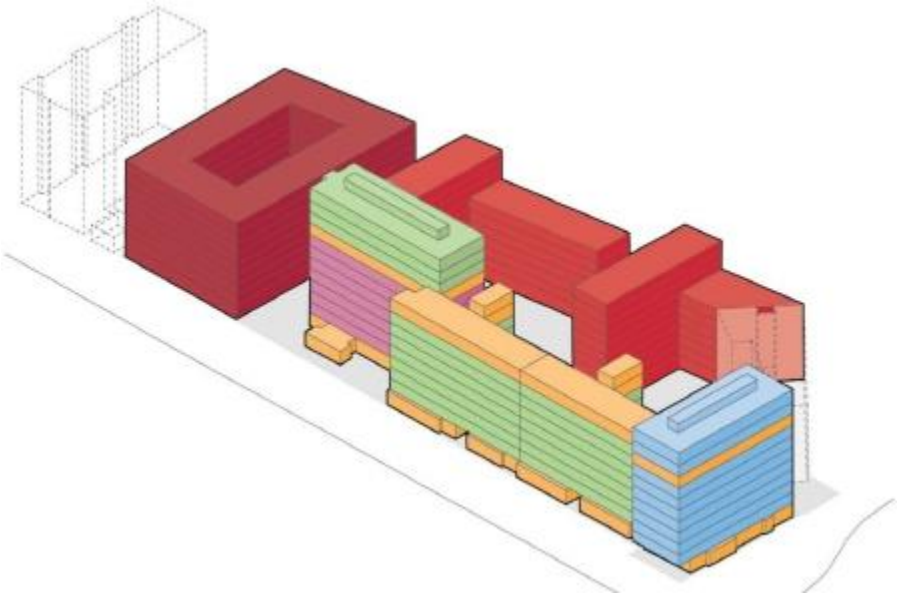
9% BILDUNG
Bildungs- und Integrationsprojekte
Haus D: 8.305 qm

31% ÖFFENTLICHE NUTZUNG
Neubau 29.135 qm

24,5% LANDESEIGENE WOHNBAUGESELLSCHAFT
Neubau / Sozialer Wohnungsbau
Haus 1: 11.125 qm
Haus 2: 11.630 qm
gesamt: 22.755 qm

Und insbesondere:

a. Erhalt und zügige Umnutzung der bestehenden Gebäude
b. Umbau der rund 40.000 qm Nutzfläche zu einem Zentrum für soziale und kulturelle Teilhabe mit integrativen Arbeits, Wohn- und Veranstaltungskonzepten
c. Komplementäre Nutzung von Neubauflächen für sozialen Wohnungsbau und andere öffentliche Aufgaben, z.B. Verwaltungsnutzung.



2. Welches Gewicht sollte Ihrer Meinung nach ein einstimmiger BVV-Beschluss haben bei der Entscheidungsfindung über die Zukunft des Haus der Statistik?

Antwort zu 1 & 2.

Bündnis 90 / Die Grünen unterstützt auf Bezirk- und Landesebene von Anbeginn die „Initiative Haus der Statistik“.

So ist es der bündnisgrünen Initiative in der BVV-Mitte zu verdanken, dass fast alle Fraktionen (mit Ausnahme der CDU) den Beschluss vom 17.12.2015 für die Entwicklung eines "Zentrum für Geflüchtete - Soziales - Kunst - Kreative" unterstützt haben.

In der Begründung zum Antrag heißt es: *Die Entwicklung am und um den Alexanderplatz schreit förmlich nach der Aktivierung des Gebietes durch künstlerische, kulturelle und soziale Nutzungen und Initiativen. Es ist dem Gebiet und den Randbereichen des sogenannten Kollhoff-Masterplans zu wünschen, dass dort auch alternative Formen der Immobiliennutzung und -entwicklung Raum finden. Dass sich ausbreitende Shopping- und Hochglanzquartier würde um ein Stück Berliner Lebenskultur bereichert. Der Alexanderplatz könnte zu einem Quartier der Vielfalt werden. Das Haus der Statistik könnte darüber hinaus ein Ort werden, der in der Flüchtlingspolitik einen Weg von der provisorischen Unterbringung in Notunterkünften hin zu integriertem Wohnen und Arbeiten in einem kreativen Umfeld aufzeigt. Beispielhafte Projekte für eine gemeinwohlorientierte Immobilienentwicklung sind im Bezirk Mitte u. a. Ex-Rotaprint im Wedding und das Zentrum für Kunst und Urbanistik in Moabit, aber auch in anderen Bezirken z.B. der Moritzplatz mit Aufbauhaus und Prinzessinnengärten in Kreuzberg, denen gemeinsam ist, dass sie lebendige Orte künstlerischer, kultureller und sozialer Produktion und Begegnung sind. Sie schaffen nachhaltig Mehrwert für Nachbarschaften und sind durch Ihre vielfältigen und authentischen Angebote Anziehungspunkte für alle Berliner*innen und Tourist*innen. Die derzeit bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung laufende Überarbeitung des Masterplanes sollte das alternative Entwicklungskonzept zum Haus der Statistik aufgreifen, den Alexanderplatz und sein Umfeld neu denken , um hier ein lebenswertes und soziales Stück Stadt zu schaffen. Eine einseitige Konzentration auf stark renditeorientierte Immobilienentwicklung führt in eine monokulturelle und unattraktive Sackgasse, in Langeweile und Auswechselbarkeit. Innovative, lebendige und offene Produktionszentren für Kunst, Kultur und Soziales, aber auch Kleingewerbe sollten bei den Neuplanungen am Alexanderplatz (und anderswo) berücksichtigt werden.“*

Dieser BVV-Beschluss sollte eine großes Gewicht bei den weiteren Planungen haben, ist doch die Frage der erforderlichen Änderung des Bebauungsplanentwurfes 1-70 (bisher) auf bezirklicher Ebene zu entscheiden. Es steht natürlich zu befürchten, dass auch hier ein rot/schwarzer Senat das Verfahren an sich ziehen wird, wenn er am 18.9. nicht endlich abgewählt wird.

3. Sollte und muss die Entscheidung über das Haus der Statistik im Abgeordnetenhaus diskutiert und beschlossen werden?

Antwort zu 3.

Wir sehen derzeit keine Veranlassung, dass der Senat dem Bezirk das Bebauungsplanverfahren entzieht. Damit liegt dann auch die Diskussion um die Entwicklung des Areals grundsätzlich weiterhin in bezirklicher Hoheit. Da es sich unstreitig um ein besonderes und wegweisendes Konzept für Berlin handelt, sollte dabei eine enge Abstimmung mit dem Senat und dem Abgeordnetenhaus erfolgen.

4. Welchen Handlungsspielraum sehen Sie für die Zeit nach der Wahl, um das Konzept der Initiative Haus der Statistik doch noch umzusetzen?

Insbesondere:

a. Könnte man den Vertrag entsprechend ausgestalten?

b. Könnten auf Neubauflächen, die schon jetzt im Landeseigentum sind, Bausteine des Konzeptes umgesetzt werden?

c. Halten Sie es für sinnvoll, die Initiative Haus der Statistik an dem Entwicklungsprozess des Gesamtareals zu beteiligen?

Antwort zu 4 a & b.

Grundvoraussetzung für die Umsetzung des Konzeptes ist der Ankauf des Grundstücks durch das Land Berlin, unter Bedingungen, die die Umsetzung des Projektes ermöglichen. Hierzu ist mindestens eine andere Landesregierung nach den Wahlen vom 18.9. erforderlich.

Als Nächstes sind weitere Verhandlung mit der bundeseigene Immobiliengesellschaft BImA erforderlich. Die grüne Bundestagsfraktion setzt sich bereits seit Jahren für die Änderung der Bundeshaushaltsordnung ein, die der BImA das Höchstpreisverfahren beim Verkauf bundeseigener Liegenschaften vorschreibt.

Stadtplanerische Voraussetzung für die Umsetzung des Projektes ist die Änderung des bisherigen Bebauungsplanentwurfes 1-70. Hier hätte das Bezirksamt schön längst Aktivitäten entfalten können (Aufstellungsbeschluss neuer Bebauungsplan), hat sich bisher – trotz diesbezüglicher Aufforderung der BVV Mitte im o. g. Beschluss - jedoch eher durch Untätigkeit ausgezeichnet. Die avisierte zeitliche Verfahrensdauer von 2 bis 3 Jahren nach B-Planaufstellungsbeschluss (siehe Anlage: Antwort Bezirksamt Mitte zur Mündlichen Anfrage 2711/IV aus der BVV vom 21.04.2016) muss unbedingt beschleunigt werden.

Sollten diese Voraussetzungen zu Gunsten des Projektes ihrer Initiative erfüllt sein, so ist es u. E. nicht erforderlich, einzelne Konzeptbausteine in der Hoffnung auf eine Gesamtumsetzung herauszulösen. Ziel muss die schnellstmögliche Gesamtumsetzung des Konzeptes sein.

Antwort zu 4 c.

Wir halten es nicht nur für sinnvoll, sondern zwingend erforderlich, die Initiative Haus der Statistik am Entwicklungsprozess des Gesamtareals zu beteiligen.

Frank Bertermann
BVV-Mitte, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, stadtentwicklungspolitischer Sprecher

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BERLIN

Antwort der Partei DIE LINKE. Berlin auf die Wahlprüfsteine der Initiative Haus der Statistik anlässlich der Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. September 2016

1. *Unterstützen Sie die Ziele der Initiative Haus der Statistik?*
   Grundsätzlich:
   auf dem Areal Haus der Statistik mit 40.000 qm Nutzfläche im Bestand und ca. 50.000 qm Neubaupotential einen sozial vielfältigen Standort zu entwickeln, der das Konzept der Initiative, sozialen Wohnungsbau und öffentliche Nutzungen berücksichtigt.

DIE LINKE. Berlin unterstützt den Vorschlag der Initiative Haus der Statistik ausdrücklich. Wir sprechen uns daher auch in unserem Wahlprogramm für einen Erwerb des Areals durch das Land Berlin aus. Die Initiative setzt der Kommerzialisierung der Innenstadt, dem eklatanten Mangel an bezahlbarem Wohnraum wie auch an Räumen für soziale Projekte, Kunst- und Kulturschaffende und nicht zuletzt der desaströsen Unterbringungssituation geflüchteter Menschen in Berlin eine überzeugende und machbare Projektidee entgegen. Den Abriss des Hauses der Statistik und einen Neubau überwiegend für behördliche Nutzungen lehnen wir hingegen ab. Für die bislang geplante Nutzung durch das Bezirksamt Mitte werden wir einen Alternativstandort finden. Denkbar ist dabei auch ein Neubau auf bislang unbebauten Teilflächen des Areals.

Und insbesondere:

a. *Erhalt und zügige Umnutzung der bestehenden Gebäude*

Erhalt, Sanierung und Umnutzung des bestehenden Gebäudekomplexes sind weitaus kostengünstiger und nachhaltiger als Abriss und Neubau. Auch wohnungs- und stadtentwicklungspolitische sowie ökologische Gründe sprechen dafür: Der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen in Berlin wird sich durch Neubau nicht decken lassen. Dagegen ist die Umnutzung von Gebäuden im Bestand für Wohnzwecke, insbesondere für Nutzer*innengruppen, die zunehmend aus der Innenstadt verdrängt werden, sinnvoll und notwendig. Auch finden wir es generell richtig, Bestandsgebäude aus- und umzubauen, um einer weiteren Bodenversiegelung entgegenzuwirken und so das Stadtgrün wie Parks und Grünanlagen oder Kleingärten zu schützen.

b. *Umbau der rund 40.000 qm Nutzfläche zu einem Zentrum für soziale und kulturelle Teilhabe mit integrativen Arbeits-, Wohn- und Veranstaltungskonzepten*

Für das angedachte Konzept einer Mischung von Nutzungsarten im Haus der Statistik haben wir große Sympathien. Eine strikte räumliche Trennung von Wohnen und Arbeiten bzw. Gewerbe, zumal, wenn es sich bei Letzteren um Kunst, Kultur und Bildung handelt, finden wir nicht mehr zeitgemäß. DIE LINKE. Berlin hat bereits vorgeschlagen, in die Förderrichtlinien der Wohnraumförderung einen Programmteil „Umbau von Nicht-Wohngebäuden im Bestand zu Wohnzwecken“ aufzunehmen. Wir könnten uns gut vorstellen, dass das Land Berlin dementsprechend für das Projekt Haus der Statistik Wohnungsbaufördermittel bereitstellt, sodass Nettokaltmieten von deutlich unter 6 €/qm möglich werden. Sollte sich das Konzept verwirklichen lassen, könnte Haus der Statistik könnte zu einem Prototyp für eine neue, sozial und kulturell integrative Stadtentwicklung jenseits von Renditeorientierung bzw. fiskalpolitischer Dominanz in der Liegenschaftspolitik werden.

c. *Komplementäre Nutzung von Neubauflächen für sozialen Wohnungsbau und andere öffentliche Aufgaben, z.B. Verwaltungsnutzung.*

Auch Neubau von bezahlbaren Wohnungen, vorzugsweise durch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, halten wir auf dem Gelände für möglich. Dazu könnten mittelfristig zwei zweigeschossige Flachbauten abgerissen werden. Eine Teilnutzung des Areals für Verwaltungszwecke halten wir ebenfalls nicht für ausgeschlossen, allerdings sollten auch andere, dezentrale Standorte für die geplante behördliche Nutzung, z.B. das Finanzamt Mitte, vorher geprüft werden.

2. *Welches Gewicht sollte Ihrer Meinung nach ein einstimmiger BVV-Beschluss haben bei der Entscheidungsfindung über die Zukunft des Haus der Statistik?*

Der Beschluss der BVV Mitte hat für uns hohes Gewicht und verdeutlicht den Rückhalt, den die Initiative Haus der Statistik mit ihrem Konzept vor Ort genießt. Er soll daher auch Grundlage der Verhandlungsführung des Landes Berlin gegenüber dem Bund sein.

3. *Sollte und muss die Entscheidung über das Haus der Statistik im Abgeordnetenhaus diskutiert und beschlossen werden?*

DIE LINKE. Berlin setzt sich für eine Stärkung der Rechte des Parlaments und der Berliner Stadtöffentlichkeit in der Liegenschaftspolitik ein, vor allem, wenn es dabei, wie beim Haus der Statistik, um Standorte von gesamtstädtischer wohnungs- und integrationspolitischer Bedeutung geht. Die Entscheidung, zu welchen Konditionen das Land Berlin das Areal vom Bund erwerben soll, sollte daher im Abgeordnetenhaus ausführlich diskutiert werden. Grundstücksgeschäfte in dieser Größenordnung bedürfen darüber hinaus generell der Zustimmung des Unterausschusses Vermögensverwaltung.

Generell befürworten wir auch die Etablierung eines zivilgesellschaftlichen Begleitgremiums, wie den „Rat der Räume“, welches Entscheidungen über die Vergabe vorbereitet und für die Öffentlichkeit transparent und kritisch begleitet.

4. *Welchen Handlungsspielraum sehen Sie für die Zeit nach der Wahl, um das Konzept der Initiative Haus der Statistik doch noch umzusetzen?*

   Insbesondere:

a. *Könnte man den Vertrag entsprechend ausgestalten?*

DIE LINKE. Berlin schlägt vor, dass das Land Berlin vom Bund (der BImA) die Immobilie zum verbilligten Verkehrswert erwirbt. Mit der so genannten Verbilligungsrichtlinie hat der Bund die kostengünstige Veräußerung von Bundesgrundstücken an die öffentliche Hand vorgesehen, sofern auf dem Grundstück Unterbringungen für Geflüchtete oder Sozialer Wohnungsbau entstehen. Beides ist mit dem Konzept vorgesehen. Sollte der Bund dies ablehnen, wäre eine Ausgestaltung des Kaufvertrags zu prüfen, die einen deutlich niedrigeren Anteil behördlicher Nutzungen vorsieht als momentan vom Senat vorgesehen, sodass die Umsetzbarkeit des Konzepts gewahrt bleibt.

Sobald das Land Berlin die Immobilie erworben haben wird, wird das Grundstück in einem Konzeptverfahren vergeben. Das beste Konzept erhält den Zuschlag. Auch die Direktvergabe ist möglich. Denkbar ist die Übertragung im langfristigen Erbbaurecht. Aber auch ein Verkauf zum Verkehrswert an einen gemeinnützigen Treuhänder mit entsprechenden grundbuchrechtlich gesicherten Auflagen wäre denkbar.

b. *Könnten auf Neubauflächen, die schon jetzt im Landeseigentum sind, Bausteine des Konzeptes umgesetzt werden?*

Sollten die Verhandlungen mit der BImA über den Erwerb des Hauses der Statistik zu keiner Einigung führen, die eine Nutzung im Sinne des Konzepts erlaubt, soll der Berliner Senat die Initiative bei der Suche nach geeignetem Ersatz auf landeseigenen Grundstücken unterstützen. Dabei werden wir auch prüfen, inwieweit auf Teilflächen des Areals um das Haus der Statistik, die bereits dem Land Berlin gehören, eine teilweise Umsetzung des Konzepts möglich ist. Denkbar wäre in diesem Sinne etwa die Entwicklung eines inklusiven Wohnprojekts in Kooperation mit einem der landeseigenen Wohnungsunternehmen oder anderen gemeinwohlorientierten Bauträgern.

c. *Halten Sie es für sinnvoll, die Initiative Haus der Statistik an dem Entwicklungsprozess des Gesamtareals zu beteiligen?*

Wir teilen die Ziele der Initiative Haus der Statistik hinsichtlich der Schaffung integrativer und bezahlbarer Räume zum Wohnen und Arbeiten und insbesondere einer menschenwürdigen und inklusiven Unterbringung Geflüchteter. Aus diesem Grund befürworten wir eine Beteiligung der Initiative und ggf. anderer zivilgesellschaftlicher Akteure an der Entwicklung des Areals.

Wahlprüfsteine zum Haus der Statistik

zur Abgeordnetenhauswahl am 18.9.2016

Antworten der Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Die Wahlprüfsteine richten wir an die im Berliner Abgeordnetenhaus und der BVV von Mitte vertretenen Parteien und Fraktionen. Wir bitten um Beantwortung bis zum 12.9.2016:

Am 15.9.2016 wird die Initiative Haus der Statistik und Ihre Partner eine Pressekonferenz und öffentliche Veranstaltung durchführen. Ihre Antworten werden wir bei dieser Gelegenheit veröffentlichen. Ziel der Pressekonferenz ist es, transparent zu machen welche politischen Mehrheiten es für unsere Projektidee gibt und wie es nach der Wahl weitergehen könnte.

1. Unterstützen Sie die Ziele der Initiative Haus der Statistik?

Grundsätzlich:

auf dem Areal Haus der Statistik mit 40.000 qm Nutzfläche im Bestand und ca. 50.000 qm Neubaupotential einen sozial vielfältigen Standort zu entwickeln, der das Konzept der Initiative, sozialen Wohnungsbau und öffentliche Nutzungen berücksichtigt.

Ja. An diesem zentralen Ort, der geprägt ist durch zentrale Funktionen ist es auch stadtstrukturell äußerst wichtig, solche Einrichtungen und Nutzungen unterzubringen und diesen damit ein zentralere Bedeutung auch im Stadtgefüge zu geben.

insbesondere:

a. Erhalt und zügige Umnutzung der bestehenden Gebäude

Ja. Das Gebäude steht bereits zu lange her und muss dringend instand gesetzt werden wirdigenfalls die leerstandbedingten Zerfallsprozesse dynamisch zunähmen, und ein Gebäudeerhalt in Frage stellen.

b. Umbau der rund 40.000 qm Nutzfläche zu einem Zentrum für soziale und kulturelle Teilhabe mit integrativen Arbeits-, Wohn- und Veranstaltungskonzepten

Ja. Dieses hat orientiert an den Bedarfen und mit ausreichend Flächenreserven zu erfolgen.

c. Komplementäre Nutzung von Neubauflächen für sozialen Wohnungsbau und andere öffentliche Aufgaben, z.B. Verwaltungsnutzung.

Ja. Hierbei ist sozialer Wohnungsbau nicht im Sinne von Wohnblocks für geringverdieneden alter Prägung zu verstehen, sondern ein geschmischtes Quartier ohne Segregationsförderung, in dem alle Gruppen gemeinsam leben können, also ähnlich einem Mehrgenerationenhaus.

Verwaltungsnutzungen sind an den erforderlichen Standorten im ausreichenden Umfang unterzubringen und nicht zwingend mit dem HdS

und dessen Konzept in Verbindung zu sehen. Falls ein kombinierte Verwaltungs- und Wohnstandort entwickelt werden sollte, sind die Bereiche strukturell sinnvoll zueinander abzugrenzen um negative Effekte, z.B. Störungen der Wohn- wie der Verwaltungsnutzung zu vermeiden.

2. Welches Gewicht sollte Ihrer Meinung nach ein einstimmiger BVV--Beschluss haben bei der Entscheidungsfindung über die Zukunft des Haus der Statistik?

Ein hohes, vor allem in Kooperation mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Bezirken sollte es von Landesebene keine gegenteiligen Beschlüsse geben, solange keine Landesinteressen dagegen sprechen und ggf. mit Bezirksinteressen konkurieren. Wenn auch das letzte Wort über die Nutzung einer Landesimmobilie dem Abgeordnetenhaus vorbehalten sein muss.

3. Sollte und muss die Entscheidung über das Haus der Statistik im Abgeordnetenhaus diskutiert und beschlossen werden?

Ja, es ist dort auch bereits von uns thematisiert worden. (siehe auch Antwort zu 2.) z.B. im Ausschuss, aber auch im Plenum, siehe https://www.youtube.com/watch?v=bPfjBbcPR9E

---

4. Welchen Handlungsspielraum sehen Sie für die Zeit nach der Wahl, um das Konzept der Initiative Haus der Statistik doch noch umzusetzen?

Wir sehen einen Handlungsspielraum nach der Wahl, natürlich vorausgesetzt, dass die in die Verantwortung Gewählten die nötige Flexibilität aufbringen. Wir PIRATEN Berlin würden uns gern auch in Zukunft für das Konzept der Initiative Haus der Statistik einsetzen.

Insbesondere:

a. Könnte man den Vertrag entsprechend ausgestalten?

Wir meinen ja. Es bedarf allerdings einer (ggf. formaljuristischen) Prüfung.

b. Könnten auf Neubauflächen, die schon jetzt im Landeseigentum sind, Bausteine des Konzeptes umgesetzt werden?

Grundsätzlich ja. Es müsste zuvor **mit allen Protagonisten** dessen tatsächliche Sinnhaftigkeit diskutiert werden und sich im Konsens erschließen.

c. Halten Sie es für sinnvoll, die Initiative Haus der Statistik an dem Entwicklungsprozess des Gesamtareals zu beteiligen?

Ja, Partizipation von Akteuren gehört grundsätzlich zu unseren Prinzipien.

MfG! i.A. Ulli Zedler

-- Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin Dipl. Ing. Ulrich Zedler

Referent für Stadtentwicklung, Umwelt, Bauen, Wohnen und Verkehr,
Niederkirchnerstr. 5 10111 Berlin
uzedler@piratenfraktion-berlin.de

12.09.2016

Wahlprüfsteine Haus der Statistik - Piratenfraktion Berlin Mitte

1. Unterstützen Sie die Ziele der Initiative Haus der Statistik?

Grundsätzlich:

Wir unterstützen Ihre Forderungen.

Und insbesondere:

zu a und b: Wir sind für den Erhalt der Gebäude und für einen zügigen Umbau der Flächen in Ihrem Sinne.

zu c: Wir unterstützen diese Forderung.

2. Welches Gewicht sollte Ihrer Meinung nach ein einstimmiger BVV-Beschluss haben bei der Entscheidungsfindung über die Zukunft des Haus der Statistik?

Unserer Meinung nach sollten die Entscheidungen auf Bezirksebene gestärkt werden. So fordern wir dies in unserem Wahlprogramm. Bisher ist die Mitbestimmung der kommunalen Politik auf Empfehlungen und Ersuchen legitimiert.

3. Sollte und muss die Entscheidung über das Haus der Statistik im Abgeordnetenhaus diskutiert und beschlossen werden?

Da ein zügiger Umbau der Gebäude angestrebt wird, ist eine Diskussion im Abgeordnetenhaus aus meiner Meinung erforderlich.

4. Welchen Handlungsspielraum sehen Sie für die Zeit nach der Wahl, um das Konzept der Initiative Haus der Statistik doch noch umzusetzen?

zu a: Ja, möglich ist ein entsprechender Vertrag. Ich kann jedoch nicht versprechen, dass der Bund auf diese Forderung eingeht.

zu b: Solange insgesamt kein Konzept vereinbart ist, wird es keine Umsetzung geben.

zu c: Ja, das halten wir für sinnvoll und notwendig.

Wahlprüfstein „Haus der Statistik“
Stellungnahme der BVV-Kandidaten der AfD Berlin, Bezirk Mitte

Zu 1: Unterstützen Sie die Ziele der Initiative Haus der Statistik?

Die AfD unterstützt die Ziele der Initiative nicht. Zum unserem Selbstverständnis gehört es, Probleme und Fragestellungen ohne ideologischen Hintergrund anzugehen und zu untersuchen. In diesem Fall muss es darum gehen, eine Lösung zu finden, die mit möglichst geringem Kostenaufwand einen möglichst hohen Nutzen für die Bürger des Bezirks erzielt.

Der Gebäudekomplex liegt sehr zentral in einem stark verkehrs- und lärmbelasteten Bereich. Diese Lage ist einerseits sehr günstig, um z.B. bürgernahe Dienste und Raum für öffentliche Veranstaltungen und soziale Angebote -die sich allerdings an eine breite Zielgruppe richten sollten- anzubieten. Andererseits eignet sich der Komplex aus den genannten Gründen weniger als Wohnraum. Zudem entspricht das 1968-1970 als Verwaltungsgebäude errichtete Ensemble weder von der baulichen Substanz noch von der räumlichen Aufteilung her modernen Anforderungen an Wohngebäude. Es ist höchst fraglich, ob eine Umwandlung in Wohnraum, der diesen Anforderungen genügt, ohne großen baulichen (und damit finanziellen) Aufwand möglich ist.

Zum Flächenmodell:
11,5% Kunst und Produktion:
Es ist für uns nicht einsichtig, warum ausgerechnet ein so exponierter und durch verkehrs- und publikumsbedingten Lärm belasteter Raum „Kulturschaffenden“ ideale Arbeitsbedingungen bieten sollte.

8% Kultur und Begegnung:
Es wäre zu definieren, was genau hier unter „Kultur und Begegnung“ verstanden wird. Einem gewissen Anteil für öffentliche Veranstaltungen und soziale Angebote stehen wir aufgeschlossen gegenüber.

16% Integratives Wohnen:
Aus den oben genannten Gründen halten wir die Nutzung des Gebäudes als Wohnraum für eher ungünstig. Unklar ist auch, wer oder was eigentlich genau mit den genannten Zielgruppen gemeint ist: Sollen Berliner Studierende und Berliner Senioren ausgeschlossen werden? Was ist unter „Geflüchtete“ zu verstehen? Asylbewerber vor Rechtskreiswechsel (damit wäre dann eine teilweise Nutzung als Flüchtlingsunterkunft anvisiert) oder danach (warum sollten sie dann anderen Obdachlosen gegenüber bevorzugt behandelt werden) ?

9% Bildung:
Für Bildungs- und Integrationsprojekte ist einerseits die finanziell gut ausgestattete und unterstützte VHS Mitte zuständig, andererseits sind in diesem Bereich bereits eine Großzahl verschiedener Projekte von der BVV aufgesetzt und finanziell ausgestattet worden. Wir sehen für den vorliegenden Fall keinen zusätzlichen Handlungsbedarf.

31% öffentliche Nutzung:
Hier wäre wiederum zu klären, was genau darunter verstanden werden soll. Einer Nutzung für bürgernahe Dienste und öffentliche Verwaltung stehen wir positiv gegenüber.

24,5% landeseigene Wohnungsbaugesellschaft:
Wenn der im Konzept gekennzeichnete Bereich tatsächlich als Bauland zur Verfügung stehen sollte, empfehlen wir eine Übertragung des Grundstückes auf Erbbaubasis an eine Genossenschaft, ggf. im Zusammenhang mit der Gewährung eines entsprechenden Darlehens. Die AfD setzt sich dafür ein, durch die Förderung des Genossenschaftswesens mehr Bürgern – auch und gerade aus dem unteren und mittleren Einkommensbereich – zu eigenem Wohnraum zu verhelfen.

Schlussfolgerung:
Bei dem vorliegenden Flächenmodell liegt der Verdacht nahe, dass hier ein politisch motiviertes Statement gesetzt werden soll, das letztlich hohe Kosten verursacht und nur einigen wenigen zugute kommt.

Gegenvorschlag:
Da der Mietvertrag für das Rathaus Mitte aufgrund von Versäumnissen der Bezirksverantwortlichen Anfang 2018 ausläuft und damit zu rechnen ist, dass die Miete von zur Zeit 2,3 Millionen Euro pro Jahr bei einem erneuten Vertragsabschluss noch einmal kräftig erhöht wird, wäre es auch aus finanziellen Gründen empfehlenswert, wenn hier der Senat dem Rathaus Mitte einen langfristigen und gesicherten Standort in eigener Immobilie verschafft.

Zu Punkt 2 und 3:
Die AfD steht für die Stärkung von Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie in der Politik und damit auch generell für eine Stärkung der Verantwortung und Kompetenzen der Bezirke und ihrer BVVen.
Anhand der finanziellen Größenordnung des Projekts sehen wir in diesem Fall allerdings eine deutliche Berührung von Berliner Gesamtinteressen. Um- und Neubau werden nicht unerhebliche Kosten verursachen, die letztlich von allen Berlinern getragen werden müssen. Also sind wir der Ansicht, dass die letztliche Entscheidung (unter Anhörung und Berücksichtigung der Position der BVV) im Abgeordnetenhaus gefällt werden sollte. Diese Möglichkeit ist ausdrücklich im Bezirksverwaltungsgesetz vorgesehen.

Zu Punkt 4:
Die Frage erledigt sich, da wir das Konzept nicht unterstützen.